ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Reissner, Johannes

Research Report

Die Präsidentschaftswahlen in Iran: Welche Chancen haben Demokratisierungs- und Reformprozeß?

SWP-Aktuell, No. 10/2001

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Reissner, Johannes (2001) : Die Präsidentschaftswahlen in Iran: Welche Chancen haben Demokratisierungs- und Reformprozeß?, SWP-Aktuell, No. 10/2001, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/254339

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Die Präsidentschaftswahlen in Iran

Welche Chancen haben Demokratisierungs- und Reformprozeß?

Johannes Reissner

Nach langem Zögern gab der iranische Staatspräsident Khatami am 5. Mai bekannt, für die Präsidentschaftswahlen am 8. Juni erneut zu kandidieren. Seine Wiederwahl gilt als sicher. Irans Konservative haben keinen Kandidaten aufgestellt, der Khatamis Sieg ernsthaft gefährden könnte. Sie hoffen, daß er mit möglichst wenig Stimmen wiedergewählt wird. Anders als vor vier Jahren steht Khatami heute allerdings zwischen den Fronten. Neben den Konservativen gibt es viele im Lande, die von den Leistungen der Reformbewegung enttäuscht sind. Konnte sich der Unmut über das Regime der Islamischen Republik 1997 noch in Wahlen artikulieren, so stellt sich heute die Frage, ob Wahlen ausreichend politische Möglichkeiten bieten, die Spaltung in der Bevölkerung und die Kluft zwischen Gesellschaft und Regime zu kanalisieren.

In seiner kurzen Ansprache, mit der Khatami seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen ankündigte, gab er zu, gezweifelt zu haben, ob er noch einmal kandidieren solle. Er wolle ebenso wie die Bevölkerung die Demokratie, die ihre Wurzeln in der Revolution habe. Viele Opfer seien für sie gebracht worden und weitere würden nötig sein. Aber nur durch eine »religiöse Demokratie« sei die Gesellschaft zu schützen und zu bewahren.

Damit hat sich Khatami erneut zur Demokratie im Rahmen des von der Verfassung bestimmten politischen Systems bekannt. Doch was können die Präsidentschaftswahlen für den Demokratisierungsprozeß in Iran bringen, wo Khatami kaum mehr erhoffen kann, als weitere vier Jahre einer Regierung vorzustehen, die angesichts der Macht der konservativen Kräfte de facto Opposition ist?

Keine starken Gegenkandidaten

Die Wiederwahl Khatamis gilt als sicher. Von den übrigen 10 Kandidaten (1997 nur 4), die der Wächterrat von 814 Bewerbern für die Präsidentschaft zugelassen hat, wird vor allem dreien zugetraut, Khatamis Stimmenanteil zu schmälern. Aus den Reihen der Konservativen, nicht aber geschlossen von ihnen unterstützt, ist neben dem früheren Arbeitsminister Ahmad Tavakoli auch der ehemalige, in Deutschland durch den

"Mykonos-Prozeß" bekannte Geheimdienstminister Ali Falahian zu nennen. Er behauptet, stolz zu sein über die Vorwürfe, die man im Ausland gegen ihn erhebt.

Aus dem Lager der Reformer kandidiert der amtierende Verteidigungsminister, Ali Shamkani, der zu den »Technokraten« zählt. Nicht zugelassen wurde der Reformer Ebrahim Ashgarzadeh, Mitglied des Teheraner Stadtrats und einer der Anführer bei der Besetzung der amerikanischen Botschaft 1979. Ihm waren gute Chancen eingeräumt worden, doch der Zeitung Jam-e Jam zufolge sollen einige Reformer beim Wächterrat die Ablehnung seiner Kandidatur betrieben haben.

Wahlkampf

Die offizielle Wahlkampfzeit ist wie immer in Iran knapp bemessen: vom 19. Mai bis zum 6. Juni. Die inoffizielle Wahlschlacht begann allerdings im Grunde genommen schon bald nach Khatamis überragendem Wahlsieg 1997. Die Gegner der Reformbewegung nutzten die ihnen zu Gebote stehenden Organe der Exekutive und der Justiz, die Revolutionsführer Khamene'i unterstellt sind, um die Machtlosigkeit der Regierung zu demonstrieren. Eine lange Kette von Zeitungsverboten sowie gerichtlicher Verfolgung von Ministern, reformorientierten Klerikern, Abgeordneten und Studentenführern begleitete Khatamis erste Amtszeit. Auch vor Mord schreckten die Hardliner nicht zurück. An den Serienmorden von Schriftstellern und Intellektuellen im Winter 1998 waren Mitarbeiter des Geheimdiensts beteiligt.

Khatami begegnete diesen Herausforderungen nach Ansicht vor allem jugendlicher Reformer, nicht entschlossen genug, besonders bei den Studentenunruhen im Sommer 1999. Im Herbst 2000 aber klagte Khatami selbst, daß seine verfassungsmäßigen Befugnisse zu eng seien, um die angestrebten Reformen durchführen zu können. Durchschnittlich alle neun Tage habe seine Regierung eine Krise erlebt. Diese Äußerung kreideten ihm die Konservativen als Wunsch nach einer Verfassungsänderung an, fuhren aber fort, durch repressive Eigenmächtigkeiten Khatamis Machtlosigkeit zu demonstrieren. So wurden im März 2001 viele Anhänger der bislang geduldeten »Freiheitsbewegung Iran« mit der Begründung verhaftet, einen Umsturz geplant zuhaben. Der Geheimdienstminister aber konnte dem Parlament nur erklären, daß seinem Ministerium solche Pläne nicht bekannt seien.

Das Hauptinteresse der Konservativen zielt darauf, den zu erwartenden Wahlsieg Khatamis so gering wie möglich zu halten, um seine Legitimationsbasis zu schmälern. Einige von ihnen scheinen damit die Hoffnung zu verbinden, auf diesem Wege trotz der klaren Mehrheit der Reformer im Parlament an einer Art Koalitionsregierung beteiligt zu werden. In ihrer Argumentation bemühen sie sich, einen Keil zu treiben zwischen Khatami als dem von Revolutionsführer Khamene'i ausdrücklich unterstützten »ehrenwerten Präsidenten« und den des Säkularismus verdächtigten »extremistischen« Reformern. Unter Verweis auf die beängstigend hohe Arbeitslosenquote prangern sie die »Unfähigkeit« der Regierung im Wirtschafts- und Sozialbereich an. »Das Volk will Brot, nicht Freiheit«, behaupten sie, ungeachtet des berühmten Worts von Khomeini, man habe die Revolution nicht um des Brotes willen gemacht.

Zwischen den Fronten

1997 standen Khatami und seine Anhänger dem konservativen politischen Establishment gegenüber. Heute steht er zwischen den Fronten: auf der einen Seite das Lager der Konservativen, auf der anderen die von den Leistungen der Regierung Khatami Enttäuschten.

Die wirtschaftliche und soziale Lage in Iran (ca. 17% Inflation und 20% Arbeitslose) hat sich in der Tat während der Regierung Khatami nicht gebessert, und die Arbeits- und Perspektivlosigkeit unter den vielen jungen Iranern (70% der Bevölkerung sind unter 30) ist ein seit langem erkanntes und

bedrohliches Problem. Doch Wirtschafts- und Sozialpolitik gehören nicht zu den Prioritäten der Reformer und Khatamis.

Die Enttäuschung richtet sich auch auf die Mischung von Ohnmacht und Zögerlichkeit der Regierung gegenüber den Machenschaften von Exekutive und Justiz in den Händen der Konservativen. Khatami gilt nicht mehr als unangefochtener Bannerträger der Reformen. Er ist auf das Plazet des Revolutionsführers angewiesen. Dieser hat sich immerhin nicht nur ausdrücklich hinter Khatami gestellt, sondern im Interesse der Einheit der Nation die Notwendigkeit "islamischer" Reformen anerkannt und sogar die Konservativen vor "Versteinerung" gewarnt. Doch letztlich läßt sich der von Khamene'i vertretene restaurative Reformbegriff nicht mit dem nach Öffnung strebenden der Reformer zur Deckung bringen.

Ein Referendum über die Reformen?

Bereits im Februar bezeichneten die Reformer die anstehenden Wahlen als ein Referendum über die Fortführung der Reformen. Dagegen wehren sich die Konservativen, weil sie damit implizit als reformunfähig dargestellt werden. Dieser Streit schließt die Frage nach der Art der Machtausübung und nach dem System der Islamischen Republik Iran ein, das durch den Dualismus seiner sowohl autokratischen als auch demokratischen Strukturen und Institutionen gekennzeichnet ist. Bemerkenswert sind die Offenheit und Direktheit, mit denen heute der Konflikt ausgetragen wird. Die Reformzeitung Asr-e mâ (»Unser Zeitalter«) nannte den Konflikt beim Namen:

»Zwei unterschiedliche Interpretationen von ›Islamischer Republik stehen sich gegenüber. In der Interpretation der Reformer ist ‚Islamische Republik‹ ein System der religiösen Herrschaft des Volkes. Hier liegt das Recht zu politischen Entscheidungen beim gesamten Volk, und alle Bürger müssen die gleiche Möglichkeit haben, politische Entscheidungen zu treffen. [...] In der Interpretation der Gegner der Reform hingegen ist ›Islamische Republik‹ eine Art religiöser Autoritarismus. Danach nehmen Entscheidungen der Autoritäten den Platz des Entscheidungsprozesses durch öffentliche Diskussion und Abstimmung ein, der Macht der Autoritäten ist keine Grenze gesetzt, und sie können die Politik machen, die sie wollen, und sie der Öffentlichkeit aufzwingen. Aus Sicht der Konservativen kommt die Macht der Herrschenden nicht vom Volk, sie erhalten ihre Legitimation aus einer anderen Quelle« (Asr-e mâ, 28.4.2001, zitiert nach BBC).

In der reformerischen Interpretation der »Islamischen Republik« (deren Konzept der Volkssouveränität auch Khatami so kaum mittragen dürfte) sehen sie den Versuch, die »Herrschaft des religiösen Rechtsgelehrten«, das Kernstück der Islamischen Republik Iran, abzuschaffen. Dagegen stehen Geistliche wie Ayatollah Mesbah-Yazdi, für den Legitimität auschließlich von Gott kommt, und der schon früher erklärt hatte: »Wer sagt, er habe eine neue Interpretation des Islam, den muß man auf den Mund schlagen.« Zwar ist Ayatollah Mezbah-Yazdis extreme Haltung für das breite konservative Lager nur bedingt repräsentativ und stört die Vermittlungsbemühungen des Revolutionsführers, aber in Organisationen wie den »Helfern der Hezbollah«, die Khamene'i unterstellt sind, finden derartige Sprüche Zuhörer, die die Forderung nach »Zuschlagen« übernehmen.

Die Zerissenheit der Gesellschaft

Die Wahlen und vor allem die Wahlbeteiligung werden auch als Indiz für die Reichweite iranischer Politik zu werten sein. Wird sie angesichts der politisch-ideologischen, kulturellen und sozialen Zerissenheit der iranischen Gesellschaft den gesellschaftlichen Entwicklungen überhaupt noch gerecht? Sind Wahlen noch ein hinreichendes Mittel, um die vielfältige und vielschichtige Unzufriedenheit der Bevölkerung zu kanalisieren?

Die entscheidenden politischen Entwicklungen finden heute, wie Navid Kermani in seinem Buch »Iran – Die Revolution der Kinder« (München 2001) zutreffend darlegt, nicht mehr auf der Bühne statt, sondern im Auditorium, in der Gesellschaft. Da gibt es

die Intellektuellen, die den Kategorien des politischen Streits in Iran mental längst davongelaufen sind. 220 000 Akademiker und Techniker, die allein im letzten Jahr ausgewandert sein sollen, zeigen, daß viele Iraner mit den Füßen über die »Islamische Republik Iran« abstimmen. Es gibt die »innere« Emigration der ungefähr eineinhalb Millionen Drogenabhängigen. Daneben gibt es die große Menge derer, die an Politik desinteressiert sind, solange sie im Netz der vielfältigen, auf dem Ölreichtum basierenden Subventionen und Hilfen des Staates und der Stiftungen ihr Leben fristen können. Schließlich gibt es auch jene »Enkel der Revolution«, die dann stolz auf ihr Land wären, wenn in ihm Microsoft erfunden worden wäre. Auch in Iran haben die indoktrinierten Werte den Funktionsverlust der traditionellen sowie der einst revolutionären sozialen Werte nicht aufhalten können. Die Zahl hoffnungs- und orientierungsloser junger Menschen, die (nicht notwendig »islamisch«) indoktriniert und manipuliert werden können, nimmt zu.

Was ist zu erwarten?

Trotz der Polemik zwischen den Lagern und der grundsätzlichen ideologischen Differenzen, ist im Fall der Wiederwahl Khatamis nicht auszuschließen, daß es zu einem Arrangement kommt, bei dem die konservative Seite etwas in das Regierungsgeschäft einbezogen wird. Denn beide Lager sind keineswegs homogen und haben sich in praktischen Fragen durchaus als kompromißfähig erwiesen. Gerade weil sie nicht wirklich über politische Programme verfügen, fallen beiden Seiten Kompromisse leichter. Bei den Konservativen gibt es Tendenzen zu einer moderaten Mitte, solange sie ihre ideologische und wirtschaftliche Machtbasis nicht in Frage gestellt sehen.

Trotz der Rückschläge haben sich Reform- und Demokratisierungsprozeß in den letzten vier Jahren im Bewußtsein der Bevölkerung und institutionell (vor allem durch die Erfolge bei Kommunal- und Parlamentswahlen) festigen können. Mit weiteren Fortschritten kann gerechnet werden, aber auch in Iran verlaufen Demokratisierungsprozesse weder linear noch zyklisch, und vor allem ist zu bedenken: Demokratisierung ist zwar eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung von Kapazitäten zur Lösung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Proleme, aber noch nicht die Lösung selbst. Können sich die dafür notwendigen Kräfte nicht rechtzeitig entfalten, ist mit einer Destabilisierung zu rechnen, über deren Ausmaß, Gestalt, und Folgen sich kaum vernünftig spekulieren läßt.

Außenbeziehungen

Für Irans Außenbeziehungen dürften die Wahlen kaum direkte Bedeutung haben. Khatami hat die schon unter Rafsanjani begonnene Politik pragmatischer Nachbarschaftsbeziehungen in der Region ausgebaut und das Ansehen Irans im Westen verbessern können. Dies kommt Irans Wirtschaftsbeziehungen zugute, von denen sehr wohl auch die konservativen Kräfte profitieren.

Die EU hat deutlich gemacht, daß sie bei aller Vorsicht gegenüber der internen Entwicklung die Partnerschaft mit Iran will. Das Verhältnis zu den USA dürfte sich, wenn überhaupt, nur langsam verbessern. Ob der zu erwartende Wahlausgang Iran in die Lage versetzt, sich gegenüber den USA zu öffnen, ist zweifelhaft. In den USA verbreitet sich zwar die Erkenntnis, daß man mindestens ebensoviele gemeinsame Interessen mit Iran in der Region hat wie die EU. Doch gegenwärtig dominiert die Frage nach der iranischen Rüstung die amerikanische Iranpolitik. Die letzten Anhörungen vor dem Kongreß lassen die Fortsetzung der Sanktionen nach dem Iran-Libyan-Sanctions-Act (ILSA) von 1996 als sicher erscheinen. Ein weiterhin schwieriges Verhältnis zwischen den USA und Iran dürfte sich aber kaum so belastend auf die Beziehungen Europas und anderer Regionen der Welt zu Iran auswirken wie in den 90er Jahren. Auch das ist ein Verdienst Khatamis.